

#### Inhalt:

- 3 editorial Act now statt Nica Act Act now statt Nica Act
- 6 Machtkritisch und informativ Arbeiten Ein Rückblick auf 2017 und Ausblick auf das kommende Jahr
- 10 Was steht noch zur Wahl?
- 14 Menschenrechte auf dem Abstellgleis?
- 18 Unsere Bildungsarbeit Projekt globales Lernen
- 22 Klimacamp im Rheinland 2017
- 26 Den Klimawandel überleben Selbstorganisation in Esquipulas
- 30 Wir Frauen bewegen die Welt
- 35 "Für eine Welt, in der viele Welten Platz haben"

Der Nationale Indigene Kongress bei den Präsidentschaftswahlen in Mexico

42 Der andere bin ich!

Ein Erdbeben der Solidarität

Informationsbüro Nicaragua e.V.

#### Hausadresse:

Deweerthstr. 8 42107 Wuppertal

Telefon 0202 - 30 00 30 Telefax 0202 - 31 43 46

Email: info@informationsbuero-nicaragua.org Internet: www.infobuero-nicaragua.org

### editorial

Act now statt Nica Act



Der Tropensturm Nate schlug in Nicaragua hohe Wellen. Die Verabschiedung des Nica Acts am 3. Oktober 2017 durch das Repräsentant\_innenhaus der USA löste ebenfalls Kritik und Empörung in Nicaragua aus. Die Regierungspolitik von Präsident Daniel Ortega und seiner Frau und Vizepräsidentin Rosario Murillo kritisieren die Nicaraguaner\_innen dahingegen eher verhalten. Es mag sein, dass sich in Deutschland einige überzeugte Anti-Imperialist\_innen über eine erneute Einmischung der USA aufregen. Die deutsche Medienlandschaft berichtete aber weder über Ortegas Wahlspiele noch den Nica Act. So scheinheilig und machtgetrieben die Sanktionierung der Wahlunregelmäßigkeiten





und Demokratiedefizite durch die USA ist - dennoch werden die Demokratiedefizite klar benannt. Der Nicaraguan Investment Conditionality Act of 2017 blockiert die Finanzierung und Kreditvergabe durch internationale Institutionen. Damit wird den Forderungen des Nica Acts Nachdruck verliehen: Zum einem sollen (internationale) Beobachter innen bei Wahlen anwesend sein. Des Weiteren soll die Demokratie durch einen unabhängigen Wahlrat und unabhängige Judikative gefördert werden und Gesetze sollen geltend gemacht werden. Außerdem soll das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit respektiert werden. Das bereits seit 2016 vorliegende Gesetz zur finanziellen Sanktionierung tritt abschließend erst in Kraft, wenn US-Präsident Trump es unterzeichnet. Bleiben Gelder von Weltbank und dem Internationalen Währungsfond aus, hätte das ernste Folgen für Nicaraqua. Wer daran Schuld sei, dass die USA Nicaraqua für die umstrittenen Wahlen 2011 bestrafen? Darüber scheiden sich die Geister.

Bereits nach der Verabschiedung des Nica Acts durch den Kongress im September 2016, offenbarten die Ergebnisse einer Umfrage in Nicaragua unterschiedliche politische Standpunkte: 36 % der Befragten gaben Ortega die Schuld daran, weil er keine ausländischen Wahlbeobachter innen zuließ. Dass die Opposition mit ihren Anklagen gegen die Regierung schuldig sei, meinten 27 %. Ein kleiner Anteil äußerte, die Interventionspolitik der USA sei das Übel.

Die letzten beiden Antworten mögen die eine oder andere Berechtigung haben, sie sind jedoch zu einfach. Selbstverständlich wird konservative US-Politiker innen nicht die Sorge um demokratische Grundrechte zu den Sanktionen bewegt haben. Gar gefährlich ist die Annahme, oppositionelle Kritik spiele "dem Feind" in die Hände. Beide Positionen, die Opposition sei schuld oder die USA mit ihrer Interventionspolitik seien die Schuldigen, spielen Ortega in die Hände, der damit berechtigte Kritik an demokratischen Einschränkungen diskreditiert. Es ist angebracht, sich über den Nica Act und die USA zu echauffieren. Aber für linke emanzipatorische Kritik zählt, dass nichts rechtfertigt, dass eine Regierung demokratische Rechte einschränkt. In Nicaraqua trotzen emanzipatorische Kollektive mit basisdemokratischen Handlungen der Regierungspolitik. Aufgrund der politischen Repression ist es aber schwer, mit öffentlicher Kritik große Wellen zu schlagen. Wir sollten der Kritik lauschen und



unserer Empörung mit solidarischem Handeln Ausdruck verleihen.

PS: 2018 wird das Informationsbüro Nicaragua 40 Jahre! Und das werden wir auch feiern nach dem Sommer – gerne mit euch; schaut auf unsere Website (infobueronicaragua.org)!

## Machtkritisch und informativ Arbeiten

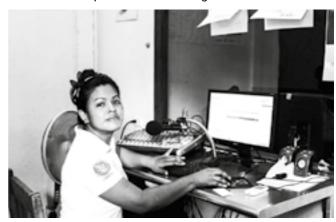
Ein Rückblick auf 2017 und Ausblick auf das kommende Jahr



Während die Bäume um das Informationsbüro Nicaragua karger werden, leeren sich auch im Büro die Regale mit dem bunten Bildungsmaterial des Fokuscafés Lateinamerika. Ein gutes Zeichen, denn unsere Arbeit erreichte im Jahr 2017 wieder viele Menschen. Und mit dem neuen Bildungsprojekt wird die machtkritische politische Bildung auch in den nächsten zwei Jahren weiter viele Menschen erreichen.

Während sich vor allem junge Menschen über globale Zusammenhänge fortbildeten, informierten die Ehrenamtlichen des Infobüros auf zahlreichen Veranstaltungen über aktuelle Entwicklungen in Lateinamerika. Dabei waren sie nicht nur in Wuppertal unterwegs und berichteten über vielfältige Themen wie Investitionsschutzabkommen und Handelsverträge in Zentralamerika, Ernährungssouveränität, die Wahlen in Nicaragua sowie die Perspektiven für Mexiko nach Trumps Wahlsieg in den USA (s. die Artikel "Für eine Welt, in der viele Welten Platz haben!" und Die andere bin ich! Ein Erdbeben der Solidarität).

Wie alle 2 Jahre begleiteten wir zusammen mit dem Ökumenischen Büro wieder eine kleine Brigade nach Nicaragua und El Salvador. Die Brigade lebte bei Bäuer\_innen, nahm an Workshops zu Strategien im Umgang mit dem Klimawandel teil und tauschte sich über Methoden der politischen Bildungsarbeit aus. Außer-



dem erfuhr sie von zahlreichen Organisationen etwas über die Situation des Kanalbaus und die allgemeine politische Lage (s. die Artikel Was steht noch zur Wahl? und Menschenrechte auf dem Abstellgleis?). In El Salvador nahmen die Personen an einem Seminar zu Widerstand gegen Freihandelsabkommen und Konzernaktivitäten in Mittelamerika teil. Der Radiosender, der mit Spenden des Infobüros und der Arbeit der letzten Brigade fertiggestellt werden konnte, sendet jetzt ganztägig. Die Brigade freute sich deshalb über die Einladung zu einer Sendung, bei der sie sich von der Arbeit des Radios beeindrucken ließ.

Doch wir hörten nicht nur nach Zentralamerika: Jakeline Romero Epiayu von der Frauen-Organisation

der Wayúu-Indigenen der Region Guajira (Fuerza de mujeres Wayúu Guajira), Catalina Caro Galvis von der Umwelt-NGO Censat Agua Viva aus Bogotá und Samuel Arregocés von der Organisation der vom Kohlebergbau vertriebenen und betroffenen Afrokolumbianer\*innen in der Region Guajira berichteten von ihrem Widerstand gegen den Steinkohlebergbau im Norden Kolumbiens. In Deutschland wird der sofortige Braunkohleausstieg gefordert und auf dem Klimacamp im Rheinland diskutierten viele über Alternativen für eine gerechte Gesellschaft (s. den Artikel Klimacamp im Rheinland 2017). Auch unsere Teamer\_innen waren dabei und erforschten mit einer Methode aus dem Fokuscafé Lateinamerika die wahren Kosten der Kohle. Herzlich bedanken möchten wir uns für die eingegangenen Spenden. Mit jeweils 3000 Euro konnten wir die politische Arbeit unserer Partner innen in Nicaragua in drei Bereichen finanziell unterstützen. Das Geld geht an politische Bündnisse, in denen unsere Partner\_innen aktiv sind. Das Bündnis Grupo estratégico contra la Minería setzt sich in Matagalpa gegen extraktivistische Projekte ein. CENIDH finanziert mit den Spenden Menschenrechtsarbeit. Außerdem entschieden wir, weiterhin den feministischen Kampf des Red de Mujeres de Matagalpa mit Geld zu stärken. Kritische politische Arbeit ist leider auch 2018 weiter auf Geld angewiesen. Spenden sind willkommen.





Im kommenden Jahr schließen wir an diese Informations- und Bildungsarbeit an und freuen uns auch auf die neuen Projekte. Um den politischen Austausch mit unseren Partner innen in Nicaragua und Zentralamerika zu vertiefen, haben wir eine hauptamtliche Verstärkung ins Büro geholt. Mit wem startet das Infobüro ins neue Jahr? Im Büro trefft ihr drei Hauptamtliche an, an den Schulen arbeitet ein Pool von 18 Teamer innen und etwa ein Dutzend Ehrenamtliche erfüllen das Infobüro mit Leben. Wir freuen uns immer über neue Gesichter, komm gerne zu einer unserer Sitzungen. Der Nicaraqua Arbeitskreis (Nica AK) und das Bildungsprojekt werden euch bald zu einer gemeinsamen Veranstaltungsreihe einladen (s. den Artikel Unsere Bildungsarbeit). Außerdem planen wir ein neues Projekt zur Digitalisierung und dem Widerstand gegen Bergbau. Wir hoffen, bei den Veranstaltungen mit euch ins Gespräch zu kommen!

# Was steht noch zur Wahl?

Die Kommunalwahlen am 5. November 2017 gewann die FSLN wieder - wie die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Jahr davor - haushoch: 135 von 153 Gemeinden gingen an Bürgermeister innen der Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN), elf an die Partido Liberal Constitucionalista (PLC) von Arnoldo Aleman, eine an die Alianza Liberal Nicaragüense (ALN) und sechs an die neu gegründete Formation Ciudadanos por la Libertad (CxL). Insgesamt gewann die FSLN rund 68 %, die PLC kommt auf 16 % und die "Bürger für die Freiheit" (CxL) erhält knapp 10 % der abgegebenen Stimmen. Teile der Opposition hatten wie bei den Wahlen 2016 mit der Losung "No hay por quien votar!" (Es qibt keine\_n zum Wählen!) zum Boykott aufgerufen. Die Wahlenthaltung lag nach Angaben des Wahlrats bei knapp 50 %, nach unabhängigen Angaben sogar deutlich höher. Die Wahlen wurden von mindestens vier Toten und mehreren Verletzten überschattet, die sich gegen Wahlbehinderungen an der Atlantikküste gewehrt hatten. Die aktuelle Lage in Nicaragua auf die Wahlergebnisse zu reduzieren, hieße sicher wesentliche Bereiche auszublenden. Jedoch verweisen die Parlaments-, Präsidentschafts- und Kommunalwahlen auf wichtige politische Rahmenbedingungen. Dies ist zuerst einmal Ortegas Zugriff auf die höchsten Staatsorgane, das Verfassungsgericht, die Richter innen und Staatsanwält innen, den Wahlrat, den Landesrechnungshof, das Militär und den Vorstand der Nationalversammlung. Dieser sicherte dem Präsidenten die vierte Wiederwahl. Die Machtverhältnisse in Nicaragua und in der Partei wurden durch die umfassende Kontrolle auf Jahre zementiert. Ein zweites Element sind die in den letzten Jahren durchgesetzten Verfassungsreformen zum Machterhalt: Aufhebung des Wiederwahlverbots, Verlängerung der Amtszeit gewählter Funktionäre, direkte Vereinbarungen der Regierung mit den Unternehmen und den Gewerkschaften, Integration von Militärs und Kontrolle aller Datenbanken und Sendeanlagen.

Hinzu kommt, dass keine nennenswerte parlamentarische Opposition existiert. Das Verfassungsgericht erkannte der liberalen PLI, die bei den Präsidentschaftswahlen von2011 noch relativ gut abgeschlossen hatte, die Rechtmäßigkeit ab. Dadurch konnte sie nicht mehr kandidieren. Und die PLC wird durch Aleman kontrolliert, dessen einziger Wunsch es ist seine rechtskräftige lebenslange Haftstrafe aufgrund seiner Korruptionsdelikte nicht absitzen zu müssen. Sicherlich spielten zusätzlich Wahlmanipulationen eine Rolle bei den Wahlergebnissen. Im Vorfeld der Kommunalwahlen wurde eine internationale Wahlbeobachtung nicht zugelassen. Die Organisation Amerikanischer





Staaten (OAS) beobachtete den Wahltag. Die Opposition kritisiert den Zwischenbericht und das Vorgehen zum Abschlussbericht der OAS. Die mit der OAS zuvor verabredete vollumfassende Begleitung der Kommunalwahlen, sowie die Überprüfung von Gesetzen, Wahlmechanismen und Institutionen wurden nicht umgesetzt. All das sind keine ausreichenden Gründe für das hohe Wählervotum eines großen Teils der nicaraguanischen Bevölkerung, die Ortega weiterhin unterstützt. Die Regierung sichert sich ihren Rückhalt durch Wirtschaftserfolge und die Armutsbekämpfung. Gerade die zehnjährige Kooperation mit Venezuela hat Nicaragua durch eine weltweit einzigartige Finanzierungskonstruktion 4 Milliarden an fast zinslosen Langzeitkrediten eingebracht. Von diesem warmen Geldsegen profitierte die arme Bevölkerung in Form von Sozialprogrammen. Auch die Wirtschaftselite profitierte von neuen Posten, Macht und neuen Pfründen. Die Regierung vermied einen Umverteilungskonflikt mit den Unternehmen. Mittlerweile sind Schulden in einer Gesamthöhe von 27,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes angehäuft worden. Aktuell zeigen sich allerdings große Risse in dieser Stabilität. Aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Instabilität Venezuelas sind die Kredite seit 2014 auf die Hälfte gesunken. Der Außenhandel mit Venezuela ist auf die Größenordnung des Handels mit den Nachbarländern geschrumpft. Der Sozialhaus-

halt musste drastisch gekürzt werden. Zudem fordert Venezuela jetzt die Rückzahlung der Schulden. Für den zukünftigen politischen Rückhalt könnte es also eine wichtige Rolle spielen, ob und wie die Regierung den Rückgang des venezolanischen Geldes ausgleichen kann. Was steht also wirklich zur Wahl? Entweder die Bodenschätze als Exportprodukte weiter und noch radikaler ausplündern, Landreserven erschließen, die letzten Wälder abholzen und ausländische Direktinvestitionen zur Ausbeutung der billigen Arbeitskraft ins Land holen. Die sich bereits mehrenden Proteste und Widerstände gegen Bergbau- und Infrastrukturprojekte auf dem Land würden dann zunehmen und sich mit den städtischen Protesten gegen die Wahlfarce verbinden. Es bleibt fraglich, wie lange die Regierung diese Opposition durch Kooptation und Repression neutralisieren kann. Eine Alternative wäre, dass die Regierung den Einstieg in die Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftsmodells findet, das nicht auf der endqültigen Zerstörung der Wälder, der Vernichtung der Lebensgrundlagen der armen Bevölkerung und der Ausbeutung billiger Arbeitskraft durch große Unternehmen beruht. Dabei könnte sie sich auf die Ansätze vieler unserer Partner innenorganisationen stützen, die sich als Kleinbäuer innen, in der Kommunalbewegung, als Frauenorganisationen und Kooperativen organisieren. Sie arbeiten gemeinwohlorientiert, sichern ihre Ernährungssouveränität, bauen solidarische Gemeinschaften auf und entwickeln Strategien im Umgang mit dem Klimawandel.

Der bisherige Kurs kann nicht weitergeführt werden, da die Ressourcen zu Ende gehen. Dieses Rundschreiben zeigt einige Beispiele von der Arbeit unserer Partnerorganisationen.

# Menschenrechte auf dem Abstellgleis?



In einem Gespräch mit unserer Brigade im Sommer 2017 zeichnet Vilma Nuñez, Präsidentin der Menschenrechtsorganisation CENIDH, ein düsteres Bild zur Situation der Menschenrechte. Sie unterstreicht dabei, dass auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte unter Menschenrechten gefasst werden: "Die Menschenrechtsverletzungen entstehen in Nicaragua besonders im Konflikt mit ökonomischen Interessen. sowie durch die Zentralisierung der Regierungsmacht und im ungenügenden Zugang zur Justiz. Die staatlichen Autoritäten unterdrücken nicht, weil sie darauf Lust haben, sondern weil Menschen wirtschaftliche und soziale Rechte - ein angemessenes und würdiges Lebensniveau, das Recht auf Arbeit, eine angemessene Bezahlung oder Eigentumsforderungen - einfordern. Diese Rechte spielen hier in Nicaraqua eine ganz große Rolle. Auf diese Konflikte reagieren Staatsorgane,

um sie klein zu halten. Daraus entstehen dann Verletzungen ziviler und politischer Menschenrechte." Die größte aktuelle Bedrohung bestehe durch das Kanalprojekt. Damit ist nicht der Kanal im engeren Sinne gemeint, aber die Art und Weise, wie die Verträge mit dem Investor abgeschlossen wurden. "Kein Mensch hätte sich vorstellen können, wie ein bedeutender Sektor der Bevölkerung in seinen politischen Ausdrucksmöglichkeiten, seinem Protest und in seinem Widerstand aktuell unterdrückt wird", sagt Nuñez. Praktisch forderten sie nur ihre Eigentumsrechte und ihre Souveränität ein. Und dadurch fühle die Regierung ihre Wirtschaftspolitik bedroht. Mit Methoden der Einschüchterung beispielsweise beim 91. Demonstrationsmarsch, durch die Zerstörung des Hauses der Bauernführerin Franzisca, dem drohenden Entzug der Kontofähigkeit der Umweltorganisation Fundacion del Rio oder rigiden Migrationskontrollen soll der Protest unterdrückt werden. Deshalb reicht es nicht aus, nur die Anzahl der Festnahmen, Einschüchterungen oder Zensurmaßnahmen zu beklagen, sondern es müsse auch der inhaltliche Grund, also die darunter liegenden wirtschaftlichen und sozialen Rechte, untersucht und benannt werden. Das Projekt bedroht die Unabhängigkeit, die Umwelt, die sozialen Rechte der dort lebenden Menschen und Gemeinden sowie die zivilen





und politischen Bürger innenrechte. Praktisch verfüge Daniel Ortega über den Zugriff auf die Justiz, und er requliert die Konflikte politisch, indem er "prämiert und züchtiqt". Organisationen wie Popol Na, **CENIDH** oder Centro Humboldt unterstützen die Proteste. Im Widerstand hat sich aber auch die autonome Bäuer innen-

organisation "Consejo Nacional de defensa de la tierra y la soberanía" mit einem hohen Grad an politischem Bewusstsein herausgebildet.

Als weiteres Konfliktfeld sieht die Menschenrechtlerin die Bedrohung der indigenen Bevölkerung an der Atlantikküste durch Bäuer\_innen aus der Pazifik-Region. Diese ziehen unter dem Druck der Monokulturen im Zentrum des Landes an die Atlantik-Küste. Das Gesetz der Autonomie ("Ley de Autonomía) und das Gesetz 445 garantierten, dass Ländereien der indigenen Bevölkerung von niemandem "kolonialisiert" werden und gibt ihnen Möglichkeiten ihre Rechte als Indigene durchzusetzen. Wer nach 1995 indigenes Land von außen besiedelt hat, muss wieder gehen. Dieses Recht wird allerdings meist missachtet. Bei den 37 aufgetretenen Delikten wie Mord oder Entführung herrscht Straflosigkeit, da die Regierung die Bäuer innen an die Atlantikküste schickt, um Konflikte an den Orten der Monokulturen zu vermeiden. Das sei ein alter Konflikt von Eigentum und Vertreibung.

Außerdem zählt Nuñez die außergerichtlichen Hinrichtungen in den Regionen Nueva Segovia (Estelí,

Somoto), Matagalpa und Jinotega zu den aktuell gravierenden Menschrechtsverletzungen im Land. Anstatt gerichtliche Prozesse gegen bewaffnete Gruppen bzw. Mitglieder der ehemaligen Contra-Gruppen einzuleiten, werden diese stillschweigend durch Heer- oder Polizeikräfte ermordet.

Neben diesen aktuellen Menschenrechtsbedrohungen sieht Nuñez die andauernde Gewalt gegenüber Frauen in der unverändert machistischen Gesellschaft als globale Bedrohung. Die Zentralisierung aller Staatsfunktionen nennt sie als zweites globales Problem und zugleich als Ursache vieler Menschenrechtsverletzungen: "Mit dem Regierungsantritt von Daniel Ortega in 2007 wurde ein Regierungsstil entwickelt, der zur Zerstörung der Staatsorgane und zur Zentralisierung aller Staatsfunktionen, z.B. absoluter Kontrolle über die Wahlorgane, über die Justiz und über die Nationalversammlung, führte." Aus ihrer Sicht handelt es sich um eine institutionelle Diktatur, da kein Staatsorgan mehr auf eigene Initiative handele, die Polizei ihre Unabhängigkeit verloren habe, Korruption nicht mehr verfolgt werde, die Medien kontrolliert, Bürgermeister\_innen gleichgeschaltet und der Wahlrat parteilich gesteuert würde. Zudem sei die Allianz mit den Großunternehmen geknüpft.

Für die Zukunft sieht Nuñez wenig Veränderung: Mit Murillo als Vizepräsidentin und fünf Söhnen als Berater hat die Familie Ortega eine Familiendynastie errichtet und angekündigt, dass diese bis mindestens 2026 andauern würde.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie wichtig die Arbeit unserer Partner\_innen ist: Als regierungsunabhängige Organisation geht CENIDH angezeigten Verstößen gegen Menschenrechten nach, dokumentiert Zeugenaussagen, führt Workshops und Bildungsmaßnahmen zu Menschenrechten durch und veröffentlicht einen jährlichen Bericht zur aktuellen Menschenrechtslage in Nicaragua. CENIDH verfügt über ein Netz von Menschenrechtspromotorinnen im gesamten Land.

## **Unsere Bildungsarbeit**

Das Projekt "Globales Lernen in der schulischen und außerschulischen

Bildungsarbeit" im Rückblick und Ausblick



Schon seit mehr als sieben Jahren ist politische Bildungsarbeit ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des Infobüros. Auch im vergangenen Jahr waren wir sehr aktiv in dem Projekt "Globales Lernen in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit". Das Bildungsteam, das aus 18 qualifizierten Teamer innen besteht, führte im Jahr 2017 achtzig interaktive und partizipative Workshops zu verschiedenen globalen Themen an Schulen, Universitäten und mit außerschulischen Gruppen durch. Anhand der Themenschwerpunkte Wirtschaft, Kolonialismus und Rassismus, Menschenrechte, Migration sowie Klimawandel und Umweltkonflikte reflektierten die Teilnehmer innen gesellschaftliche Machtverhältnisse und globale Ungleichheiten. Doch auch Themen wie Kommunikation in Gruppen oder kritische Perspektiven auf Entwicklungszusammenarbeit konnten durch das Know-How der Teamer innen vermittelt werden. Inhaltliche und

methodische Grundlage für die Workshops waren die von uns selbst konzipierten und herausgegebenen Werkhefte der Reihe Fokuscafé Lateinamerika. Weitere Infos dazu und Bestellmöglichkeiten findet ihr unter http://www.infobuero-nicaragua.org/fokuscafe-lateinamerika/.

Neben den Workshops führten wir sechs Multiplikator\_innenseminare in der gesamten Bundesrepublik durch, die auf sehr viel Resonanz stießen. Die Fortbildungen richteten sich an Personen, die selbst in der Bildungsarbeit tätig sind. Der inhaltliche Schwerpunkt lag auf der Auseinandersetzung mit machtkritischem Globalen Lernen. Dafür diskutierten wir, was eine machtkritische Bildungsarbeit zu globalen Zusammenhängen ausmacht und nahmen anschließend einzelne unserer Methoden in den Fokus: Wir spielten sie gemeinsam mit den Teilnehmenden durch, probierten aus und reflektierten sie am Ende aus einer machtkritischen Perspektive. Das Feedback der Teilnehmer\_innen gab uns immer wieder die Möglichkeit, unsere eigene Arbeit zu reflektieren und sie weiterzuentwickeln.

Auch innerhalb des Bildungsteams trafen wir uns regelmäßig mit den Teamer\_innen für einen gemein-



samen Austausch. Dabei nutzten wir Methoden wie die kollegiale Fallberatung, um die Praxis der Bildungsarbeit zu reflektieren und weiter zu professionalisieren. Fragen, mit denen wir uns regelmäßig beschäftigten, waren beispielsweise, wie mit diskriminierenden Äußerungen von Teilnehmer innen umgegangen werden kann oder wie Machtstrukturen wie z.B. Rassismus in unserer pädagogischen Praxis ständig mitgedacht werden können. Außerdem nutzten wir die Teamseminare dafür, um externe Referent innen einzuladen und uns fortzubilden. Im Sommer durften wir beispielsweise zwei Referent\_innen vom Klimakollektiv begrüßen, die mit uns einen spannenden Workshop zum Thema Kohleabbau in den Appalachen und hier in Deutschland anhand der riesigen Grafik "True Cost of Coal" durchführten. Somit konnten wir unser Methodenrepertoire erweitern konnten. Mehr Infos zu der Grafik findet ihr unter: www.klimakollektiv.org; Das etwa 5-Meter gro-Be Banner "True Cost of Coal" kann neuerdings auch bei uns ausgeliehen werden.

Im neuen Jahr geht unser Bildungsprojekt in eine neue Runde. Unsere Bildungsarbeit wurde für weitere zwei Jahre bewilligt und somit ist es uns wieder möglich, Workshops und Multiplikator\_innenseminare für





junge Menschen anzubieten. Wenn ihr also selbst Lehrer innen in einer Schule in NRW oder einem angrenzenden Bundesland seid oder auch abseits von der Schule Interesse an einem Workshop oder an der Teilnahme an einem Multiplikator innenseminar habt, dann meldet euch gerne bei uns

im Büro. Alle wichtigen Infos zu unserem aktuellen Projekt findet ihr auch auf unserer Projekt-Homepage www.otros-mundos.de.

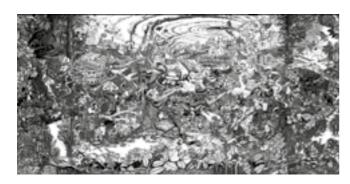
Als interessanten neuen Teil unseres Bildungsprojektes führen wir zusätzlich 14 Bildungsveranstaltungen in verschiedenen Formaten durch, die einen expliziten inhaltlichen Schwerpunkt zu Nicaragua haben werden. Zielgruppen der Veranstaltungen sind entwicklungspolitische Gruppen. Wir sind gerade in der Konzipierungsphase, in der wir Themen finden und diese partizipativ aufarbeiten. Wir freuen uns auf jeden Fall schon sehr auf den Austausch zu aktuellen Themen und Fragestellungen mit Gruppen, die zu ähnlichen Themen arbeiten wie wir. Falls Ihr Interesse an den Veranstaltungen habt, wendet euch gerne an uns. Wir werden zudem bald alle wichtigen Infos auf unserer Homepage bereitstellen.

## Klimakamp im Rheinland 2017

auf ihre Transformationsfähigkeit hin zu einer nichtkapitalistischen Gesellschaft geprüft und die Frage diskutiert, wie es möglich ist, über eine Jugendphase hinaus politisch aktiv zu bleiben.

Die Klimagerechtigkeitsbewegung hat in Deutschland in den letzten Jahren stetig an Fahrt aufgenommen. Ein wichtiger alljährlicher Kristallisationspunkt der Bewegung ist dabei das Klimacamp im Rheinland. 2006 in Großbritannien im Protest gegen das Kohlekraftwerk Drax geboren, hat sich die Idee der Klimacamps in vielen europäischen Ländern ausgebreitet. Auch das rheinländische Camp ist in den letzten Jahren immer

Zu den Aktionstagen mobilisierten vielzählige Akteurinnen und entfalteten ein weites Spektrum unterschiedlicher Aktionsformen, das vielen verschiedenen
Menschen eine Beteiligungsmöglichkeit bot. Die langjährige Erfahrung aus dem Wendland hat gezeigt: Eine
breite Mobilisierung, die verschiedenen Aktionsformen
nebeneinander einen Raum gewährt, macht den Widerstand unkontrollier- und unberechenbar. Neben
Demonstrationen und Blockadeaktionen mit niedriger
Zugangshürde gab es eine Vielzahl an Kleingruppenaktionen und die Massenblockadeaktion "Ende Gelände".
Aktivist\_innen, die dem Aufruf der Kampagne "Zucker
im Tank" mit Kleingruppenaktionen folgten, blockierten mit einem Betonfass die Zuggleise zum Tagebau.





größer geworden und hat sich dieses Jahr in guter Gesellschaft wägen dürfen. Parallel zum Klimacamp schlug das Connecting-the-movements-Camp und das Camp-for-Future seine Zelte auf. Connecting-the-movements hatte den Anspruch, Anknüpfungspunkte der Klimabewegung zu anderen sozialen Kämpfen offen zu legen und zu vertiefen. Es wurde ein Raum für Austausch mit feministischen Kämpfen und mit migrantischen Gruppen, die für Bewegungsfreiheit für alle streiten, geboten. Degrowth-Ansätze wurde

Das Entfernen des Fasses und der daran geketteten Aktivist\_innen musste eine technische Einheit der Polizei durchsetzen. Um den Schienenverkehr frühzeitig wieder in Betrieb zu nehmen, entschieden die Polizeikräfte ihre eigene Regel "Kein Zugverkehr wenn sich Personen im Gleisbett befinden" zu missachten. Sie ließen Kohlezüge auf dem benachbarten Gleis in unmittelbarer Nähe zu den Aktivist\_innen fahren. Wie schon in der Lausitz gelang es der Aktion massenhaften zivilen Ungehorsams, zu der das Bündnis Ende



Gelände aufrief, auch diesmal, die Kohleinfrastruktur effektiv zu blockieren. Das Kraftwerk Neurath, dessen Zufahrtsgleise dicht gemacht wurden, konnte nur noch auf Sparflamme weiterbetrieben werden. Im November 2017 ist Ende Gelände zum zweiten Mal in Erscheinung getreten. Während in Bonn die Vorbereitung des COP (Conference of the Parties), der UN-Klimakonferenz auf Hochtouren lief, begaben sich Aktivist\_innen in den in unmittelbarer Nähe liegenden Tagebau Hambach und blockierten Kohleinfrastruktur. Bewusst wurde darauf verzichtet, die sogenannten Verhandlungen durch großangelegte Blockadeaktionen zu vereiteln oder deren Ablauf zu beinträchtigen zu wollen, wie es bei vorhergehenden Gipfeltreffen üblich war. Stattdessen wurde durch das Eindringen in den Tagebau und die Blockade des Abbaus des dreckigsten Energieträgers Braunkohle ein klares Zeichen gesetzt: Der Klimawandel wird genau hier erzeugt und kann nur gestoppt werden, indem die fossilen Energieträger konsequent in der Erde gelassen werden. Statt dafür die Voraussetzungen zu schaffen, beschränkte sich allerdings auch das 23ste Aufeinandertreffen der Regierungsvertreter innen zur COP auf den Mythos, der Klimawandel wäre durch marktbasierte Lösungsansätze, wie den Emissionshandel zu bändigen. Um diese und andere Mythen ins Wanken zu bringen, ist eine global vernetzte Kli-

magerechtigkeitsbewegung notwendig. Dafür müssen auch Möglichkeiten gefunden werden, diese Themen mit verschiedenen Menschen diskutieren zu können. Die vom Informationsbüro entwickelten Bildungsmaterialien z.B. zum Thema "Klimawandel und Umweltkonflikte" liefern einige Ansatzpunkte wie dies möglich ist. Auf dem Camp wurden im Rahmen des Kinderprogramms von uns einige Workshops angeboten. Hier konnten vor allem die Teamer innen des Workshops die Erfahrung machen, wie schwierig es sein kann, komplexe Abläufe wie den Emissionshandel in einfache Sprache zu übersetzen und mit Kindern darüber ins Gespräch zu kommen. Mit dem Mosaikposter "The true cost of coal" (Die wahren Kosten der Kohle) wurde hierfür aber eine gute Möglichkeit gefunden. Das Bild enthält unzählige Geschichten, die von den Auswirkungen des Kohlebaus berichten. Gemeinsam mit den Kindern wurde das Bild erkundet und die Geschichten sichtbar gemacht. Aber nicht nur die negativen Auswirkungen des Kohleabbaus sind im Poster dargestellt, auch unzählige Abbildungen von Menschen, die sich gegen diese Verhältnisse zur Wehr setzen konnten wir mit den Kindern entdecken. Ein Blick aus dem Kinderzelt auf eine der Aktionsgruppen, die sich gerade für die Ende Gelände-Aktion bereit machte, sprach deutliche Worte - diese Geschichten sind real und allgegenwärtig.

## Den Klimawandel überleben

Ein Ausblick über die Selbstorganisation in Esquipulas, um den Klimawandel in Nicaragua zu überleben



In Nicaragua sind die Folgen des Klimawandels unübersehbar geworden. Die Klimawandelfolgen äußern sich unter anderem in dem veränderten Beginn der Regenzeit, mehr Trockenheit, vermehrtem Regen und der Verstärkung der Naturphänomene El Niño und La Niña, erklärt Sergio Saenz. Saenz ist Mitglied des Movimiento Comunal Nicaraguense (MCN) de Matagalpa und der Mesa Nacional Para la Gestión de Riesgo MNGR (Nationaler Tisch für Risikomanagement). Die große Abholzungsrate wirkt sich zusätzlich auf die klimatischen Bedingungen aus. Und trotzdem betreibt der Staat weiterhin Extraktivismus: Es wird auf den Anbau von Monokulturen gesetzt und auf die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen.

In verschiedenen Gebieten verfolgt die Landbevölkerung notgedrungen in Selbstorganisation andere Strategien. Die klimatischen Veränderungen zwingen sie, z.B. im Verwaltungsgebiet Esquipulas, sich an diese anzupassen. Die Zeitpunkte, zu denen die Kleinbäuer\_innen die Saat ausbringen können, sind beispielsweise nicht mehr dieselben. Folge davon sind Ernteausfälle und Hunger. Ebenso ist eine Vorhersage des Regenzeitpunktes und der Niederschlagsmenge bzw. des Eintritts von Trockenheit nicht mehr wie zuvor möglich. Aufgrund der enorm erschwerten Lebensbedingungen, oder anders gesagt Überlebensbedingungen, haben sich viele für die oft ebenfalls lebensgefährliche Migration entschieden.

Um all diesen bedrohlichen Umständen zu begegnen, unterstützt das MCN die Landbevölkerung dabei, sich selbstorganisiert an den Klimawandel anzupassen, was für viele eigentlich bedeutet, diesen zu überleben. Es werden Notfallprogramme entwickelt zum Vorgehen

im Falle von Katastrophen und lebensbedrohlichen Umweltbedingungen.

#### Erarbeitung der Potentiale

Zunächst werden die Potentiale analysiert, die die Dorfbevölkerung, Flora und Fauna aufweisen. Eingeteilt wird in natürliche Potentiale, menschliche Potentiale, soziale Potentiale, finanzielle Potentiale und physische Potentiale. Entwickelt werden daraus kurzfristige, mittel-



fristige und langfristige Pläne zum Überleben des und zur Anpassung an den Klimawandel. Ein Beispiel dafür ist die Ausarbeitung einer Risikokarte des Dorfes mit Evakuierungsplan und Sensibilisierung dafür, welche Stellen nicht für den Häuserbau geeignet sind. Notwendiges Wissen vermittelt das MCN bei Versammlungen in den Gemeindeverwaltungen in Form von Workshops, wie zur Durchführung von Bodenerhaltungsmaßnahmen. Dieses erworbene Wissen wird dann von den Einzelpersonen aus den Dörfern, die an den Workshops in der Gemeindeverwaltung teilnehmen, an die restliche Dorfbevölkerung weitergegeben.

#### Monitoring

Um die Zeitpunkte der Aussaat vorhersagen zu können und somit der Ernährungsunsicherheit und dem unbeständigen Wetter durch den Klimawandel zu begegnen, gibt es ein Klimamonitoring der Bevölkerung unter Begleitung des MCN. An verschiedenen Orten des Verwaltungsgebietes Esquipulas wird z.B. mit Regenmessern die Niederschlagsmenge erfasst. Auf Basis der erhobenen Daten und in Kooperation mit der Umweltorganisation Centro Humbold, welches größere Mengen an Daten sammelt und auswertet, werden Vorhersagen für künftige Niederschläge gemacht. Teile der Bevölkerung





übernehmen die Erfassung der Daten und stellen dem Dorf bei gemeinsamen Treffen die erhobenen Daten vor.

#### Althergebrachtes Wissen reaktivieren

Die Wiederentdeckung von althergebrachtem, bereits vorhandenem Wissen über die Anbaumethoden der Maya, sowie die Wiederimplementierung des Anbaus mit ursprünglichem Saatgut, wird dem von transnationalen Firmen wie Bayer ausbeuterisch vermarktetem genetisch verändertem Saatgut und Chemikalien entgegengesetzt. Mit diesen wird das Land bei dem Anbau in Monokulturen überschüttet und so weiterhin in großem Stil ausgebeutet. Die Wiederimplementierung des tradierten Wissens führt zu einer Stärkung der eigenen Würde.

## "Wir Frauen bewegen die Welt"

Das Red de Mujeres de Matagalpa (Frauennetzwerk von Matagalpa), ein Sprachrohr der Frauen in Nicaragua, erhebt auch auf der Straße die Stimme. Die Aktivistin Maria Auxiliadora Romero Cruz sprach Mitte August mit der Brigade aus 2017 über die Verschlechterung der Situation von Frauen in Nicaragua.



#### Gewalt gegen Frauen

Die Gewalt gegen Frauen hat in den letzten Jahren zugenommen und ist schlimmer geworden. Noch bis vor eineinhalb Jahren hat es Frauen-Kommissariate bei der Polizei gegeben. Das meist weibliche Personal dieser Kommissariate wurde für die Aufnahme von Anzeigen

bei Gewalt gegen Frauen speziell geschult. Diese sind inzwischen leider weitgehend abgeschafft. Dadurch finden keine angemessenen Untersuchungen der Anzeigen mehr statt.



Die Straftaten der Männer gegen Frauen wurden durch Gerichte und Staatsanwaltschaft nicht angemessen verfolgt, ein absurdes Argument waren die zu vollen Gefängnisse. Eine Folge davon ist die gestiegene Unsicherheit bis hin zu Lebensgefahr für Frauen und eine Straffreiheit für die Täter. Dies hat eine "Welle der Straffreiheit" ausgelöst. Es ist schon schwierig gewesen, als Frau genug Selbstbewusstsein zu haben, um eine Anzeige bei der Polizei zu machen. Nun besteht zudem die Möglichkeit, dass die Anzeige gar nicht erst aufgenommen wird, da die Polizei die Gewalterfahrung als nicht ausreichend schwer ansieht, oder man zu einer Mediation mit dem Gewalttäter rät. Ein Teil der Frauenmorde im letzten Jahr ist an Frauen verübt worden, die bereits eine Anzeige aufgegeben hatten.

#### Frauenmorde

Die Organisation Católica por el derecho a decidir (Katholikinnen für das Recht zu Entscheiden) berichtet von 39 Femiziden im Zeitraum Januar bis



August 2017, d.h. Morden an Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Für Maria Auxiliadora Romero Cruz, die sowohl im Frauennetzwerk als auch im Movimiento Comunal Nicaragüense de Matagalpa (MCNM) Mitglied ist, ist die Reform des seit 2012 existierenden Gesetzes 779 eine Farce. Frauenmorde werden nicht als Frauenmorde klassifiziert, sondern unter die Zahl der Morde an sich. Zudem können Straftaten mit einem Strafmaß von bis zu vier Jahren zur Bewährung ausgesetzt werden. Romero Cruz stellt dazu fest: "Es gibt sehr viel Straffreiheit bei Gewalt an Frauen. Das führt dazu, dass wir als Frauen weiter aktiv gegen das Problem kämpfen. Wir können nämlich nicht gleichgültig sein und nicht still bleiben angesichts des Dramas der Gewalt, das wir von Tag zu Tag erleben."

#### Abtreibungen

Seit Jahren ist selbst die therapeutische Abtreibung verboten, d.h. selbst wenn das Leben der Frau durch die Schwangerschaft bedroht ist, ist eine Abtreibung illegal.

Die Mehrheit der Vergewaltigungsopfer in Nicaragua sind Mädchen unter 14 Jahre. Viele dieser Mädchen sind durch das Gesetz dazu genötigt, die Kinder zu gebären. Vorher konnten vergewaltigte Mädchen abtreiben. Jetzt geht das nicht mehr, dementsprechend müssen die Mädchen – sogar im Alter von 9 Jahren gebären. "Das ist für uns nicht verhandelbar, weil das Ausmaß der sexuellen Gewalt so schrecklich groß ist. Sie zerstören eine ganze Generation", kommentiert Romero Cruz.

Nicaragua steht in Lateinamerika an zweiter Stelle bei Schwangerschaften von Jugendlichen und Kindern. Bei drei von zehn Schwangerschaften handelt es sich um Jugendliche und Kinder. Im öffentlichen Diskurs wird die Behauptung vertreten, die Mädchen würden einfach "früh beginnen". Dabei bleibt unberücksichtigt, dass viele Opfer von innerfamiliärer oder sonstiger sexueller Gewalt sind und schwanger werden als Folge einer Vergewaltigung von Bekannten und Familienangehörigen. Mit der Kampagne "Diese Kreatur trifft keine Schuld" wird kritisiert, dass der Staat die Mädchen zur Geburt verpflichtet und sie danach im Stich lässt. Es gibt keine Orte, wo die Mädchen hin können, wenn sie keine eigene Unterkunft haben. Ebenso mangelt es an einer Adoptionspolitik.

Nach Romero Cruz gibt es bei den Vergewaltigungen Straffreiheit. Es ist kein Fall bekannt, in welchem eine Untersuchung stattgefunden hat, um festzustellen, von wem das Mädchen schwanger ist und unter welchen Umständen es schwanger wurde.





#### Arbeit von Frauen

Ein weiterer Kampf, in welchen die Frauen des Red de Mujeres de Matagalpa im letzten Jahr involviert waren, war der Kampf um die Sichtbarmachung der Arbeit, welche Frauen leisten. Ein Motto lautete: "Wir Frauen be-

wegen die Welt, lasst uns aufhören, um sie zu verändern." Dies war eine Kampagne am 8. März, an welcher sie sich beteiligten, um Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen. Mit ihrer Arbeit für die Rechte von Frauen hört das Frauennetzwerk jedoch nicht auf und Romero Cruz sagt: "Was uns bleibt ist die Arbeit fortzusetzen, um für eine Anerkennung und Verteidigung der Rechte einzutreten und zudem sexuelle Gewalt anzuklagen. Das ist uns geblieben. Wir haben nicht aufgehört anzuklagen."

# "Für eine Welt, in der viele Welten Platz haben!"

Der Nationale Indigene Kongress bei den Präsidentschaftswahlen 2008

Bei den mexikanischen Präsidentschaftswahlen 2018 möchten der Nationale Indigene Kongress (Congreso Nacional Indigena, CNI) und die Zapatistische Natio-



nale Befreiungsarmee (Ejercito Zapatista de Liberación Nacional, EZLN) eine unabhängige Kandidatin aufzustellen. Der Vorschlag entstand bereits am 14. Oktober 2016 aus der Idee heraus. die Prinzipien des CNT vielen Menschen zu vermitteln. Die Präsidentschaftskandidatur dient als



Plattform, sich vor einer breiten Öffentlichkeit als grundsätzliche Alternative zum bestehenden System zu präsentieren.

#### Der Nationale Indigene Kongress (CNI)

Der CNI ist eine Bewegung, die sich aus indigenen Gemeinden, Nachbarschaften, Gesellschaften, Kollektiven und Organisationen zusammensetzt. Gegründet wurde sie im Oktober 1996 angesichts der Friedensverhandlungen zwischen der mexikanischen Regierung und der EZLN.

Aus diesen Verhandlungen ging das Abkommen von San Andrés über Indigene Rechte und Kultur hervor, das eines der verhandelten Themen abdeckte (die anderen waren Demokratie, Wirtschaftssystem und Frauenrechte, bei denen es aber nie zu einer Einigung kam). Auf Grundlage des Abkommens entstand der Entwurf für das Gesetz über die indigenen Bevölkerungen, welches unter anderem ihre verfassungsmäßige Anerkennung, ihre Autonomie und ihre eigenen Regierungsformen sowie die Förderung von Bildung, Gesundheit und Gerechtigkeit beinhaltet.

Dennoch argumentierte die mexikanische Bundesregierung 1996, die von ihnen unterzeichneten Vereinbarungen gefährdeten die Einheit des Landes. Sie hielt das Abkommen nicht ein und führte wiederum eine

militärische Offensive gegen die Zapatistas durch. Auch die Umsetzung der Gesetzesinitiative ließ auf sich warten: Erst im Jahr 2000 gab der damalige Präsident Vicente Fox das Gesetz zur Beratung und Verabschiedung an das Parlament. Im März 2001 begleitete der CNI die EZLN auf dem "Marsch der Farbe der Erde", um den Entwurf im Land bekannt zu machen und für Zustimmung zu werben. Der Marsch endete im Parlament in Mexiko-Stadt. Dort stellten die Zapatistas und andere organisierte Gruppen des CNI dar, wie notwendig das Gesetz sei. Es war das erste Mail in der Geschichte Mexikos, dass Indigene im Parlament sprachen. Die Abgeordneten der regierenden konservativ christlichen Partei "Partido Acción Nacional" (PAN) demonstrierten offen ihre rassistische Gesinnung, indem sie an diesem Tag der Sitzung fernblieben und Indigene als "Kriminelle" und "Dummköpfe" diffamierten.

Schließlich stimmte das Parlament, inklusive der parlamentarischen Linken, einem veränderten Gesetz zu, das die Zapatistas und der CNI als Betrug am Abkommen von San Andres empfanden. Anders als dort vereinbart, sah das verabschiedete Gesetz weder die Autonomie noch die Selbstbestimmung der indigenen Völker vor.

Angesichts dieser Zurückweisung entschieden sich CNI





und EZLN dazu, das Abkommen einseitig umzusetzen und ihre Autonomie ohne gesetzliche Erlaubnis aufzubauen – von links unten und ohne weiterhin auf Anerkennung durch die Regierung zu hoffen. Dieser Aufbau der Selbstverwaltung geschieht seitdem in den zapatistischen Gemeinden ebenso wie in verschiedenen Gemeinden des CNI, wie beispielsweise in Cheran.

#### Die Prinzipien des CNI

Höchste Entscheidungsinstanz des CNI ist die Generalversammlung, in der alle Mitglieder Rederecht besitzen und Entscheidungen kollektiv getroffen werden. Der CNI gründet sich auf sieben Prinzipien:

- 1. Dienen statt sich zu bedienen.
- 2. Aufbauen statt zerstören.
- 3. Repräsentieren statt verfälschen.
- 4. Überzeugen statt überwältigen.
- 5. Befolgen statt befehlen.
- 6. Nach unten schauen statt aufzusteigen.
- 7. Vorschlagen statt aufzwingen.

#### Die Idee des indigenen Regierungsrates

CNI und EZLN schlugen vor, einen indigenen Regierungsrat (Concejo Indígena de Gobierno, CIG) zu

bilden, der auf den oben genannten sieben Prinzipien basiert. Der Vorschlag sieht weiterhin vor, dass die Sprecherin des CIG als Kandidatin an den Präsidentschaftswahlen 2018 teilnimmt. Als Sprecherin hat sie keine eigenständige Führungsrolle innerhalb des CIG. Stattdessen ist sie dessen Entscheidungen unterworfen und kandidiert nur stellvertretend für diesen, da kollektive Strukturen sich nicht zur Wahl stellen können. Die Sprecherin solle laut Vorschlag eine indigene Frau sein, die ihre eigene indigene Sprache und Kultur gut kennt. Auf dem Treffen des CNT zum Jahreswechsel 2016/2017 wurde dieser Vorschlag angenommen. Im Mai 2017 wurde der Indigene Regierungsrat einberufen. Ihm gehören aktuell 42 Männer und 31 Frauen aus 17 mexikanischen Bundesstaaten und 23 indigenen Gesellschaften an. Als Sprecherin wurde María de Jesús Patricio Martíneza, besser bekannt als Marichuy, gewählt. Sie ist Nahua und eine Ärztin, die indigene Behandlungsmethoden anwendet. Seit 1996 arbeitet sie im CNI mit.

#### Die Ziele des CIG und der indigenen Präsidentschaftskandidatin

Die Kandidatur und die Gründung des CIG zielen nicht darauf ab, mit den politischen Parteien um die Macht



und die Präsidentschaft zu konkurrieren. Geplant ist unter anderem eine Reise des CIG durch Mexiko. Diese soll dazu dienen, die Lebenssituation der Indigenen, aber auch die der nicht-indigenen im kapitalistischen System ausgebeuteten Bevölkerung bekannt zu machen. Dabei sollen die Mexikaner innen angeregt werden, ihre Probleme und Gemeinsamkeiten zu erkennen, sich zu organisieren, Widerstand zu leisten und sich gegen die Ungerechtigkeit zu wehren, mit denen Staat und Regierung ihnen begegnen. Die gemeinsame Organisierung soll ein würdigeres und gerechteres Leben in Selbstverwaltung möglich machen. Die Präsidentschaftskandidatur dient dabei vor allem als Plattform, möglichst viele Menschen zu erreichen und sich vor einer breiten Öffentlichkeit als grundsätzliche Alternative zum bestehenden System zu präsentieren. Der CNI selbst sagt, dass diese Kandidatur nur ein Teil des wesentlich größeren und längeren Prozesses ist, sich von unten zu organisieren und ein anderes Mexiko aufzubauen.

#### Die Reaktionen

Linke Basisbewegungen haben den Vorstoß mit Überraschung und Freude aufgenommen, denn angestrebt wird nicht die Erlangung von Macht sondern ein Ende





von Macht und Staat. Dadurch hat sich ein wichtiges Unterstützer innennetz gebildet, das einerseits Unterschriften sammelt und andererseits außerparlamentarische Basisorganisationen fördert. Die Reaktion der Institutionen und Parteien ist eindeutig: Sie haben alle möglichen Hindernisse für die Registrierung von Marichuy als Kandidatin errichtet. Auch folgten rassistische Reaktionen aus unterschiedlichen politischen Parteien. Verwunderlich ist das nicht, denn bei ihrer Kandidatur geht es nicht um eine Reform des Staates, sondern sie richtet sich gegen den Staat. Daher ist auch die parlamentarische Linke nicht begeistert und fühlt sich angegriffen. Sie wirft CNI und EZLN eine Spaltung der Linken vor, sie seien mit einer indigenen Frau Komplizen der Rechten. Der wohl absurdeste Vorwurf von allen lautet, sie seien von den rechten Parteien dafür bezahlt worden.

#### Hoffnung

Organisation von unten und links, aus den Gemeinden Mexikos und der ganzen Welt, sind wichtige Schritte, den Kapitalismus zu überwinden, Selbstverwaltung aufzubauen und somit eine Welt zu schaffen, in der viele Welten Platz haben.

### Der andere bin ich!

Ein Erdbeben der Solidarität



Am 7.September 2017 gegen elf Uhr abends verschoben sich die tektonischen Platten im Pazifik und im Süden Mexikos. Aufgrund dieser Verschiebung schüttelte sich die Erde in Süd- und Zentralmexiko mit einer Stärke von über acht Grad auf der Richterskala, wodurch Millionen von Menschen in den Bundesstaaten Oaxaca und Chiapas obdachlos wurden. Wie schon beim großen Beben vor 32 Jahren zeigte sich die Zivilgesellschaft erneut solidarisch und begann sofort, den betroffenen Gemeinden Hilfe zu schicken. Tausende Freiwillige kamen, um zu helfen und die Menschen in Oaxaca und Chiapas sammelten Lebensmittel. Spendenkonten für den Wiederaufbau von zerstörten Wohnungen wurden eingerichtet.

Damit waren die Menschen noch beschäftigt, als ein weiteres Beben 120 km südlich von Mexiko-Stadt das Land erzittern ließ. Ein makabres Erdbeben, das dutzende Gebäude zum Einsturz brachte und dabei nach offiziellen Angaben 369 Menschen tötete (vermutlich waren es mehr), über 700 Gebäude beschädigte und tausende von Menschen in Zentralmexiko obdachlos machte.

Makaber war das Beben, weil gerade zwei Stunden zuvor eine Gedenkzeremonie an das Frdbeben vom 19. September 1985 stattgefunden hatte: Im Jahr 1985 waren hunderte von Gebäuden zusammengestürzt; mehr als 10.000 Menschen starben. Der 19.September 1985 ist in die kollektive Erinnerung der Bewohner\_innen des Monsters (Mexiko-Stadt) eingraviert. Die Erinnerung macht uns unendlich traurig; aber es gibt auch die Erinnerung an eine unendliche Solidarität der Menschen untereinander: Die Zivilgesellschaft organisierte sich, um sich selbst zu retten. Angesichts des Totalausfalls des Staates und seiner Institutionen begannen die Bewohner\_innen von Mexiko-Stadt an diesen Septembertagen des Jahres 1985, sich selbst zu retten. Sie brauchten weder die behördlichen Autoritäten noch einen Staat. Es war klar, dass ihnen niemand anderes helfen würde. So haben sie sich solidarisch miteinander selbst geholfen, denn jede r einzelnen war bewusst: Die\_der andere bin ich!





Und wieder schüttelte sich die Erde an einem 19. September, diesmal 2017.

Kaum war das Beben vorbei, stürmten die Bewohner\_ innen von Mexiko-Stadt, wie schon 32 Jahre zuvor, zu den Ruinen der eingestürzten Gebäude, um die Verschütteten zu retten, um sich selbst zu retten, wieder einmal.

Sie warteten nicht darauf, dass Rettungsteams eintreffen würden. Sie rechneten nicht damit, dass der Staat einen Notfallplan bekanntgeben würde, sie waren bereits an den Einsatzorten. Sie mobilisierten sich, und wie schon 32 Jahre zuvor brachte die Solidarität Mexiko vor einigen Wochen wieder zum Beben:

Millionen von Menschen in den Städten Zentralmexikos gingen auf die Straßen, um zu helfen. Sie organisierten sich in Brigaden, jede entlang ihrer eigenen Fähigkeiten. Als erstes kamen die Maurer\_innen mit ihren Werkzeugen. Das waren zugleich die ersten Rettungswerkzeuge. Wer kochen konnte, organisierte Volxsküchen; wer Ausrüstung zur Verfügung stellen konnte, lieferte sie. Viele Frauen standen an vorderster Front und halfen, schleppten und verteilten Material, auf Augenhöhe mit den Männern. Schüler\_innen und Studierende organisierten riesige Spendensammellager und Brigaden, um die Spenden in die betroffe-

nen Gebiete von Mexiko-Stadt und die Bundesstaaten im Süden und der Mitte des Landes zu verteilen. Wir erfuhren, dass Archäolog\_innen Schnellkurse über den Gebrauch von Werkzeugen und Ausgrabungen gaben. Wir hörten von Architekt\_innen und Ingenieur\_innen, die alle beschädigten Gebäude statisch überprüften, wenn sie darum gebeten wurden. Wir hörten von Ärzt\_innen und Psycholog\_innen, die ohne jede Gegenleistung die Menschen auf der Straße versorgten.

Dann schickte der Staat seine professionellen Retter\_innen. Aber die Leute waren schon organisiert. Mehrmals kam es zu Zusammenstößen mit den Behörden, weil diese die selbstorganisierten Rettungseinsätze unterbrechen wollten (hoffen wir mal, dass dies aus Sorge um die Sicherheit der Retter\_innen geschah); in einigen eingestürzten Gebäuden vereinigten sich die Rettungsbrigaden des Staates mit denen der Zivilgesellschaft.

Am 19. September 2017 ereignete sich ein Erdbeben mit schweren Nachwirkungen, die noch immer spürbar sind. Es war ein Erdbeben der Solidarität. Es war ein erneutes Zeichen dafür, dass die Menschen sich organisieren und retten können. Eine Signal, dass den meisten Menschen in Mexiko und der Welt – trotz des Staates, trotz des Drogenhandels, trotz des Krieges, trotz alledem – eines klar ist: Die\_der andere bin ich!



Jetzt, wo die akute Notsituation vorbei ist, schlägt die mexikanische Regierung vor, Darlehen zu vergeben, um die Häuser der Betroffenen wieder aufzubauen. Darlehen! Geht's noch? Der Staat stellt den Banken Millionen Euro zur Verfügung, damit sie nicht bankrott gehen, wenn sie mit ihrem Kapital spekulieren und verlieren. Aber die Banken dürfen nicht bankrott gehen, die Banken dürfen keine Verluste machen, sagt der Staat. Und die Bevölkerung?!.... Die Leute sollen dankbar dafür sein, dass Staat und Banken ihnen in der Katastrophe Kredite gewähren; dankbar, dass sie sich verschulden dürfen, um ihre zerstörten Häuser wieder aufzubauen. Die Privatunternehmen reiben sich die Hände, weil sie beim Wiederaufbau die Katastrophengewinner\_innen sind, mit Hilfe des Staates. Letztendlich bringt das Erdbeben zurück ans Tageslicht, für wen die Politiker\_innen regieren.

Und dennoch, trotz Regierung, Banken, Kapitalismus, gibt es Hoffnung. Weil die Solidarität weiterlebt und



die Menschen, die Zivilgesellschaft wieder einmal gelernt hat, sich selbst zu retten:

Die\_Der andere bin ich!

# Über die Unterstützung unserer Arbeit freuen wir uns:

#### für Öffentlichkeitsarbeit

auf das Konto: 963611 IBAN: DE47 3305 0000 0000 9636 11

#### für die Arbeit unserer Partnerorganisationen in Nicaragua

auf das Konto: 976738 IBAN: DE56 3305 0000 0000 9767 38

bei der Stadtsparkasse Wuppertal BLZ: 330 500 00 SWIFT-BIC: WUPSDE33 Informationsbüro Nicaragua



Das Rundschreiben 2018 wurde aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt -Evangelischer Entwicklungsdienst gefördert. Vielen Dank!



Globales Lernen für junge Menschen

Workshops und Multiplikator\_innen-Schulungen zu globalen Themen

JETZT AUCH FÜR NICARAGUA- & EINE-WELT-GRUPPEN!

Ab 2018 bieten wir mit dem Bildungsangebot Otros Mundos wieder **Workshops** zu globalen Zusammenhängen an. Unser Angebot richtet sich an Jugendgruppen und Schulklassen im Alter von 14 – 27 Jahren.

#### **Workshop Themen sind:**

- Klimawandel und Umweltkonflikte
- Kolonialismus und Rassismus
- Migration
- Menschenrechte und soziale Bewegungen
- Wirtschaft

Zusätzlich bieten wir Multiplikator\_innen-Schulungen an für Aktive in der Jugend-Bildungsarbeit: Darin lernen sie unsere Konzepte & Methoden des Globalen Lernens anhand der von uns entwickelten Bildungsmaterialien der Werkheftreihe Fokuscafé Lateinamerika

Informationen zu Workshops & Multiplikator\_innen-Schulungen unter: www.otros-mundos.de. Bei Fragen - auch zu den neuen Bildungsmaterialien - mailt uns: info@informationsbuero-nicaragua.org oder ruft an: 0202 / 30 00 30